

N i e d e r s c h r i f t

über die Sitzung des Stadtrates am 01.07.2026

Sitzungsbeginn: 16:05 Uhr
Sitzungsende: 21:18 Uhr
Sitzungsort: Dessauer Versorgungs- und Verkehrsgesellschaft (DVV), großer Saal, Albrechtstr. 48, 06844 Dessau-Roßlau

Leitung der Sitzung: Herr Rumpf Vorsitzender des Stadtrates
Frau Koschig 1. Stellvertreterin
Herr Bernstein 2. Stellvertreter

Teilnehmer/-innen: siehe Anwesenheitsliste

Öffentliche Tagesordnungspunkte

1 Eröffnung der Sitzung, Feststellung der ordnungsgemäßen Einladung und der Beschlussfähigkeit

Herr Rumpf, Vorsitzender des Stadtrates, eröffnet die Sitzung um 16:05 Uhr, stellt die ordnungsgemäße Einladung zur Sitzung sowie die Beschlussfähigkeit mit derzeit 41 stimmberechtigten Mitgliedern fest.

2 Beschlussfassung der Tagesordnung

Herr Brozowski, Fraktion Freies-Bürger-Forum, beantragt die Verschiebung des Tagesordnungspunktes 8.6. vor den Tagesordnungspunkt 8.1. Grund dafür sind extern anwesende Vertreter des Vereins.

Herr J. U. Weber, Fraktion Aktive-Bürgerliche-Vernunft, zieht den Tagesordnungspunkt 6.22 als Einreicher zurück.

Herr H. Weber, Fraktion Freies-Bürger-Forum, äußert seine Verwunderung, dass die Thematik zur Übertragung der städtischen Anteile am UNESCO Weltkulturerbe Dessau-Wörlitzer Gartenreich und der Anhaltischen Gemäldegalerie an die Kulturstiftung Dessau-Wörlitz im nichtöffentlichen Teil der Sitzung behandelt wird. Diese Thematik wurde in der vorletzten Sitzung des Stadtrates im öffentlichen Teil diskutiert.

Danach stellt der Stadtratsvorsitzende den Antrag von Herrn Stadtrat Brozowski zur Abstimmung. Dem Antrag wird mehrheitlich zugestimmt (29:09:03).

Abschließend wird die Tagesordnung in der geänderten Fassung zur Abstimmung gestellt.

Abstimmungsergebnis: 36:00:05

3 Genehmigung der Niederschrift vom 22.04.2026

Es werden keine Wortmeldungen hervorgebracht. Die Niederschrift wird in der vorliegenden Form zur Abstimmung gestellt.

Abstimmungsergebnis: 37:00:04

4 Berichte des Oberbürgermeisters

4.1 Information über wesentliche Angelegenheiten der Stadt

Herr Oberbürgermeister Dr. Reck informiert über folgende Angelegenheiten im Berichtszeitraum vom 21. Mai 2026 bis zum 1. Juli 2026:

- Seit der letzten Meldung zum Stadtrat am 20.05.2026 wurden 33 Personen eingebürgert. Die Eingebürgerten stammen aus den Ländern Afghanistan, Syrien, Vietnam, Albanien, der Russischen Föderation, Bangladesch, Iran, Ägypten, Tunesien, Libyen, Brasilien und Nordmazedonien.
- Der Entwurf des integrierten Stadtentwicklungskonzepts 2040 liegt nun öffentlich aus. Er zeigt auf, wo die Stadt Schwerpunkte setzen will, darunter Wohnen, Wirtschaft, die Entwicklung der Innenstadt, Klima und Freiräume sowie die Entwicklung der Ortschaften. Der Entwurf ist bis zum 24. August 2026 öffentlich einsehbar und für jeden zugänglich.
- Er informiert darüber, dass sich die Stadt Dessau-Roßlau erfolgreich um ein Europe-Direct-Zentrum beworben hat. Der Ausschuss für Finanzen, Digitalisierung und moderne Verwaltung hat dafür die Zustimmung erteilt. Die Europäische Kommission fördert deutschlandweit insgesamt 48 Europe-Direct-Zentren. Die Förderung des Europe-Direct-Zentrums Bauhaus-Stadt Dessau-Roßlau ist für fünf Jahre angelegt und die Stadt erhält aus Mitteln der EU jährlich 44.000 Euro bis zum Jahr 2030. Die Mittel sind zweckgebunden für Bildungs-, Kultur-, Sozial- sowie Fachkräftesicherungsprojekte mit europäischem Bezug vorgesehen. Das Besondere ist, dass Dessau-Roßlau als neuer Standort hinzugekommen ist und nun neben Magdeburg und Halle (Saale) der dritte Standort für ein Europe-Direct-Zentrum in Sachsen-Anhalt ist.
- Weiterhin hat vom 05. – 06. Juni zum Thema Kommunikation eine BUGA-Werkstatt stattgefunden.
- Er berichtet, dass am heutigen Tag der langjährige Schulleiter Herr Kraft, der 21 Jahre Schuldirektor des Liborius Gymnasiums war, feierlich in den Ruhestand verabschiedet wurde. Er habe mit seiner Schule und insbesondere mit seiner Arbeit die Stadt geprägt. Er informiert daher über den Ruhestand von Herrn Kraft, betont jedoch, dass die Nachfolge bereits geregelt ist: Am Liborius Gymnasium wird es mit Frau Ehm weitergehen.

- Abschließend informiert er, dass vom 3. bis 5. Juli das Stadtfest stattfindet. Es handelt sich um ein Kooperationsprojekt der Stadtwerke und der Stadtmarketinggesellschaft sowie aller Unterstützer des Stadtfests. Interessierte können das vielfältige Veranstaltungsprogramm auf der Webseite „desfest.de“ einsehen. Es gibt noch eine weitere wesentliche Angelegenheit, über die er im nichtöffentlichen Teil informieren wird.

4.2 Information zur BUGA

Herr Oberbürgermeister Dr. Reck berichtet über den aktuellen Stand zur Bundesgartenschau (BUGA), auch wenn es heute noch einen entsprechenden Antrag von Herrn Stadtrat Nolte gibt. Ein wichtiger Meilenstein ist am 2. Juni 2026 mit der konstituierenden Sitzung der Bundesgartenschau Dessau-Roßlau 2035 gGmbH, insbesondere des Aufsichtsrats, gelegt worden. In dieser Sitzung wurde der Wirtschaftsplan für 2026 beschlossen, der auch Teil der heutigen Beschlussvorlagen ist. Der Wirtschaftsplan ermöglicht der Gesellschaft, mit der Arbeit zu beginnen und erste Schritte zu gehen.

Er erläutert kurz die aktuellen Arbeitsstände und informiert über die Investitionsplanung. Es gibt zwei Handlungsfelder: die Mosaik – also die Entwicklung der Park- und Gartenanlagen sowie Grünflächen – und die Fugen – die Verbindungen zwischen den Standorten einschließlich der Gestaltung städtischer Straßen und Freiräume. Nach der Sommerpause würden diese Überlegungen in einer bereits angekündigten Beschlussvorlage in den Ausschüssen, insbesondere im Ausschuss für Stadtentwicklung, Bauen, Stadtgrün und Mobilität präsentiert und dem Stadtrat zur Beratung und Entscheidung vorgelegt.

Auch die künftige Arbeitsstruktur des BUGA-Vorbereitungsprozesses nimmt Gestalt an. Er hat über die Gründung der gGmbH gesprochen. Die drei Innovationswerkstätten zu Mosaiken, Fugen und Kommunikation haben bereits stattgefunden. Es werden sich freiraumplanerische Wettbewerbe anschließen und alle interessierten Bürgerinnen und Bürger werden beispielsweise über die Internetseite der Stadt auf dem Laufenden gehalten. Auch beim Stadtfest werden Kolleginnen und Kollegen an zwei Tagen über die BUGA informieren. In der kommenden Stadtratssitzung werden detailliertere und umfangreichere Informationen folgen.

Auf der heutigen Tagesordnung befinden sich Vorlagen mit dem Betreff "BUGA". Da Fragen dazu aufgekommen sind, möchte er erläutern: Beim Grundkonzept Bundesgartenschau ist stets betont worden, das Nützliche mit dem Angenehmen zu verbinden. 80 Prozent der BUGA-Maßnahmen sind solche, die die Stadt ohnehin vorhatte, ergänzt um 20 Prozent zusätzliche Maßnahmen. Die Beschlussvorlagen, die im Kontext zur Bundesgartenschau stehen, sind entweder Maßnahmen, die ohnehin geplant waren – wie die Umgestaltung des Kreisverkehrs an der katholischen Kirche – oder neu hinzukommende Maßnahmen, wie die Beantragung von Fördermitteln für Klimaschutzmaßnahmen im Schillerpark. Daher tragen diese Vorlagen den Titel "BUGA" und sind – etwa beim Kreisverkehr – im Haushalt im

Produktblatt vermerkt. Weitere Details werden in den folgenden Stadtratssitzungen bzw. in den vorgelagerten Ausschüssen folgen.

4.3 Bekanntgabe der Beschlüsse nichtöffentlicher Sitzungen des Gremiums

Herr Oberbürgermeister Dr. Reck gibt die nichtöffentlich gefassten Beschlüsse aus der Sitzung des Stadtrates vom 20.05.2026 bekannt:

- Zukunftskonzept Altenpflegeheim
- Unternehmensangelegenheiten:
 - Vertragsanpassung der Geschäftsführung der Dessauer Wohnungsbaugesellschaft mbH (DWG)
 - Vertragsanpassung der Geschäftsführung der Dessauer Versorgungs- und Verkehrsgesellschaft mbH (DVV-Stadtwerke)
- Übertragung der Immobilie Leipziger Torhaus in Erbbaurecht – Grundsatzbeschluss
 - Verweisung in die Fachausschüsse

4.4 Bekanntgabe und Begründung von Eilentscheidungen des Oberbürgermeisters

Herr Oberbürgermeister Dr. Reck erklärt, dass für den Berichtszeitraum keine Eilentscheidungen vorliegen.

5 Einwohnerfragestunde - Beginn ca. 16:20 Uhr

Frau Weinert stellt eine Frage zum Museum für Naturkunde und Vorgeschichte. Sie fragt, ob es von der Stadt Dessau-Roßlau tatsächlich gewollt ist, einen leicht zugänglichen Ort zum Wissenserwerb und zum Wecken von Interesse und Verständnis an Natur und Geschichte – auch für Kinder und Jugendliche – zu schließen. Ihre Frage begründet sie damit, dass bereits in der Haushaltsdiskussion zum Haushalt 2025 der Vorschlag unterbreitet wurde, das Aufsichtspersonal für das Museum einzusparen, was bedeuten würde, dass das Museum nicht mehr geöffnet werden kann. Nach ihrer Information gibt es einen gleichlautenden Vorschlag für das Haushaltsjahr 2027.

Herr Oberbürgermeister Dr. Reck stellt klar, dass die Museen – das Museum für Stadtgeschichte und das Museum für Naturkunde und Vorgeschichte – bereits seit Langem unter einer Leitung stehen und organisatorisch vereint sind. Mit dem Haushaltskonsolidierungskonzept sind für den Standort

Johannisstraße/Museumskreuzung tatsächlich Kürzungen bei den Aufsichten verbunden. Seines Wissens nach ist dies auch für die Folgejahre so fortgeschrieben. Gleichwohl besteht weiterhin die Möglichkeit, das Haus zu besuchen. Es ist nicht unmöglich, beispielsweise im Rahmen museumspädagogischer Angebote das Haus zu betreten. Bei den Öffnungszeiten wird es jedoch aufgrund der reduzierten Aufsichten zu Veränderungen am Standort kommen. Dies betrifft allerdings nicht das Museum für Stadtgeschichte.

Frau Weinert möchte wissen, ob das bedeutet, dass das Museum für Naturkunde und Vorgeschichte nicht mehr im bisherigen Rhythmus geöffnet und so nicht mehr jederzeit nach den aktuellen Öffnungszeiten frei zugänglich, sondern nur noch mit Voranmeldung besuchbar, ist.

Herr Oberbürgermeister Dr. Reck berichtet, dass sich Änderungen ergeben werden und die Öffnungszeiten bzw. Schließzeiten auch von den Änderungen betroffen sind.

Herr Buchta ist ein Bewohner der Kavalierstraße 51 und ist mit einem allgegenwärtigen Taubenproblem konfrontiert. Die Taubenabwehrproblematik ist für die Bewohner zu einem großen Anliegen geworden. Leider ist das Thema immer vehement abgelehnt worden. Nun denkt man darüber nach, eventuell doch eine Gefahrenabwehrordnung zu verabschieden.

Er möchte von den Stadträten gerne wissen, warum nicht frühzeitig gehandelt wurde, um dem Vermehrungsproblem der Tiere und deren Hinterlassenschaften auf den Balkonen entgegenzuwirken. Er bittet um eine fachliche Auskunft, ob man zukünftig einen fachgerechten Schädlingsbekämpfer hinzuziehen kann, um das Problem in den Griff zu bekommen. Abschließend weist er darauf hin, dass im Jahr 2035 die BUGA stattfindet und Ordnung und Sauberkeit dazugehören sollten.

Herr Oberbürgermeister Dr. Reck nimmt die Taubenkotproblematik ernst und stellt fest, dass sie unübersehbar ist. Als Stadt kann man natürlich agieren, jedoch sind die Eigentümer auch ein Stück weit verantwortlich für ihre Häuser, wenn dort gebrütet wird. Generell muss man sich den Bereich genauer anschauen. Die Taubenkotproblematik betrifft sicherlich die Wohnungsbestände, ist aber auch an Gewerbeimmobilien sichtbar. Es ist klar, dass das Problem an verschiedenen Stellen existiert, es gibt aber noch weitere Aspekte zu berücksichtigen. Abschließend sichert er eine schriftliche Beantwortung zu.

Herr Geiger betont, dass eine wichtige Säule des Ehrenamts auch dessen Finanzierung ist. In der Stadt ist bisher die Partnerschaft für Demokratie eine zentrale Einrichtung dafür gewesen, die momentan jedoch nicht handlungsfähig ist. Es gibt derzeit keine Möglichkeit, Förderungen zu beantragen. Er möchte von der Stadtverwaltung wissen, was die Stadt aktuell aktiv unternimmt, um dies wieder zu ermöglichen und welche Alternativen die Stadt für die Übergangszeit bieten kann, bis die Antragstellung wieder möglich ist.

Frau Hachmann, Beigeordnete für Soziales, Bildung, Jugend und Senioren, sichert eine schriftliche Antwort zu und verweist darauf, dass man bereits mehrfach über das Thema gesprochen hat. Sie versteht die Sorgen sehr gut. Zur Klarstellung erläutert sie, dass das Förderprogramm "Demokratie leben" Anfang des Jahres komplett erneuert wurde. Diese Erneuerungen sind sehr aufwendig, sodass Kommunen nun deutlich mehr Aufwand mit der Umsetzung des Programms haben als zuvor. Die Verwaltung hat dies intern mehrfach ausgewertet und festgestellt, dass die Aufgabe ohne Personalaufwuchs nicht mehr zu bewältigen sind. Angesichts der misslichen finanziellen Lage hat man sich entschieden, in diesem Jahr dennoch Teil des Förderprogramms zu bleiben. Man ist Modellkommune und nicht ausgestiegen. Derzeit berät man sich, wie man es schaffen kann, für das Jahr 2027 erneut einen Antrag zu stellen. Zum Verständnis erklärt sie, dass Kommunen jedes Jahr beim Fördermittelgeber die Förderung beantragen und jährlich bewilligt bekommen müssen. Auch die Abrechnung ist sehr aufwendig. Dies muss verwaltungsintern noch einmal bewertet werden. Sie räumt ein, dass die Aufgabe sehr wichtig ist, jedoch im Freiwilligenbereich liegen – einem Bereich, in dem sie am liebsten alles umsetzen würde, ihr aber manchmal die Hände gebunden sind. Man ist dennoch dran und sie geht davon aus, dass 2027 ein neuer Antrag gestellt wird. Zudem befinde man sich im Gespräch mit dem Bund.

Herr Geiger weist darauf hin, dass er von der Umstellung des Bundesprogramms weiß. Allerdings funktioniert es auch bei wesentlich kleineren Städten, wie beispielsweise die Lutherstadt Wittenberg. Seine Frage lautet, was diese Städte anders machen als Dessau-Roßlau.

Frau Beigeordnete Hachmann erläutert, dass sie sich nicht konkret mit der Situation in der Lutherstadt Wittenberg beschäftigt hat, jedoch hat man sich verwaltungsintern ausgetauscht. Ihr Dezernat hat zwei neue Förderprogramme erhalten: Ein vom Oberbürgermeister bereits erwähntes Programm sowie ein weiteres mit erheblichem Volumen im Bereich Pflege. Die vorhandenen Kapazitäten sind momentan anders verteilt. Möglicherweise hat sich Wittenberg auf das Förderprogramm "Demokratie leben" konzentriert, während ihr Dezernat sich für zwei weitere Programme beworben und dort auch Förderungen erhalten hat. Sie muss ihre Kräfte natürlich dort einsetzen, wo bereits Bewilligungen vorliegen.

Frau Münch, Vorsitzende der Initiative Buntes Roßlau e. V., wendet sich mit mehreren Fragen zum Thema Amtsblatt an den Stadtrat. Ihr gemeinnütziger Verein hat einen Aufruf im Amtsblatt gestartet, der neunmal gedruckt wurde, beim zehnten Mal jedoch nicht mehr. Sie fragt, warum der Aufruf nicht unter der Kategorie "Vereine und Verschiedenes" gedruckt wurde, obwohl der Verein gemeinnützig ist und Dinge für die Gesellschaft in Roßlau tut. Zudem fragt sie, warum einer Mitarbeiterin der Stadtverwaltung untersagt wurde, dem Verein diesbezüglich eine E-Mail zukommen zu lassen. Sie hat die Amtsblätter studiert und gehört, das Problem ist gewesen, dass die Kontonummer abgedruckt war und es politisch ist. Sie verweist darauf, dass die Burg Roßlau e. V. die Kontonummer im Amtsblatt hatte und ebenfalls abgedruckt

wurde. Auch die DGB ist politisch und wurde abgedruckt, ebenso wie der Geburtstag des Grundgesetzes.

Sie richtet sich an die Stadtverwaltung und kritisiert, dass vielen Bürgern und Bürgerinnen durch das Verhindern dieser kostenlosen Verbreitung Informationen vorenthalten wird, insbesondere jenen, die sich die MZ nicht leisten können und dadurch bestimmte Informationen nicht erhalten.

Sie möchte wissen, warum ihr Aufruf nicht abgedruckt wurde und warum dort mit zweierlei Maß gemessen wird.

Herr Oberbürgermeister Dr. Reck erklärt, dass die Frage im Grunde bereits durch den Vortrag beantwortet wurde. Wenn in der Vereinssatzung ein politischer Zweck erkennbar ist und es sich um einen Spendenaufruf für einen Verein mit politischem Zweck handelt, ist das Amtsblatt nicht das geeignete Medium für solche Aufrufe. Es ist letztlich unerheblich, ob dies in Vorjahren geschehen ist. Vielmehr muss stets darauf geachtet werden, dass genau solche Dinge nicht eintreten. Die Redaktion des Amtsblattes handelt ohne Einflussnahme eines Oberbürgermeisters, sondern nach pflichtgemäßem Tun und Handeln.

Frau Münch möchte abschließend wissen, warum Bürgern eigentlich verwehrt wird, sich zu informieren, da eine Kundgebung ein Grundrecht für Bürger und Bürgerinnen dieser Stadt ist. Sie fragt, warum nicht darauf geachtet wird, den Text so zu formulieren, dass er druckbar ist. Zudem möchte sie wissen, warum dies viele Male funktioniert hat und jetzt plötzlich nicht mehr. Ihre Vermutung ist, dass hier mittlerweile eine Partei sehr gut wirkt.

Herr Oberbürgermeister Dr. Reck stellt klar, dass hier überhaupt niemand wirkt. Die Beurteilung erfolgt ausschließlich durch die Redaktion des Amtsblatts.

Es werden keine weiteren Wortmeldungen hervorgebracht.

6 Beschlussfassungen

6.1 Neuwahl eines stimmberechtigten Mitgliedes sowie eines Stellvertreters für den Jugendhilfeausschuss **Vorlage: BV/230/2025/I-07**

Herr Oberbürgermeister Dr. Reck beantragt die Durchführung einer geheimen Wahl.

Daraufhin bittet der Stadtratsvorsitzende die Stimmzählkommission (Frau Koschig, Herr Dr. Brozowski, Herr Dr. Hofmann sowie Herr Kellner) um Vorbereitung der Wahlurne und organisiert die Ausgabe und Kontrolle der Stimmzettel. Die ordnungsgemäße Leere und Versiegelung der Wahlurne wird durch die Wahlkommission geprüft. Danach ruft Herr Stadtratsvorsitzender Rumpf die

Fraktionen sowie die fraktionslosen Mitglieder des Stadtrates der Reihe nach zur Stimmabgabe auf.

Nach einer kurzen Unterbrechung gibt der Stadtratsvorsitzende folgendes Ergebnis bekannt:

- 22 Ja-Stimmen
- 21 Nein-Stimmen.

Damit hat Frau Nancy Mergenthaler die erforderliche Mehrheit erreicht. Entsprechend dieses Ergebnisses wird die Wahl zum Stellvertreter im Anschluss durchgeführt.

Herr Oberbürgermeister Dr. Reck beantragt auch hierfür die Durchführung einer geheimen Wahl.

Nach einer kurzen Unterbrechung gibt der Stadtratsvorsitzende folgendes Wahlergebnis bekannt:

- 21 Ja-Stimmen
- 22 Nein-Stimmen.

Somit hat Herr Dr. J. Nothdurft die erforderliche Mehrheit nicht erreicht.

Beschluss:

Der Stadtrat der Stadt Dessau-Roßlau bestätigt:

1. Neuwahl von Nancy Mergenthaler als stimmberechtigtes Mitglied des Jugendhilfeausschusses,

6.2 Neuwahl eines stimmberechtigten Mitgliedes sowie eines Stellvertreters für den Jugendhilfeausschuss Vorlage: BV/291/2025/I-07

Herr Oberbürgermeister Dr. Reck beantragt die Durchführung einer geheimen Wahl.

Daraufhin bittet der Stadtratsvorsitzende die Stimmzählkommission (Frau Koschig, Herr Dr. Brozowski, Herr Dr. Hofmann sowie Herr Kellner) um Vorbereitung der Wahlurne und organisiert die Ausgabe und Kontrolle der Stimmzettel. Die ordnungsgemäße Leere und Versiegelung der Wahlurne wird durch die Wahlkommission geprüft. Danach ruft Herr Stadtratsvorsitzender Rumpf die Fraktionen sowie die fraktionslosen Mitglieder des Stadtrates der Reihe nach zur Stimmabgabe auf.

Nach einer kurzen Unterbrechung gibt der Stadtratsvorsitzende folgendes Ergebnis bekannt:

- 22 Ja-Stimmen
- 21 Nein-Stimmen.

Damit hat Herr Burkhardt Ratzmann die erforderliche Mehrheit erreicht. Entsprechend dieses Ergebnisses wird die Wahl zum Stellvertreter im Anschluss durchgeführt.

Herr Oberbürgermeister Dr. Reck beantragt auch hierfür die Durchführung einer geheimen Wahl.

Nach einer kurzen Unterbrechung gibt der Stadtratsvorsitzende folgendes Wahlergebnis bekannt:

- 21 Ja-Stimmen
- 22 Nein-Stimmen.

Somit hat Herr René Diederich die erforderliche Mehrheit nicht erreicht.

Beschluss:

Der Stadtrat der Stadt Dessau-Roßlau bestätigt:

- Neuwahl von Burkhardt Ratzmann als stimmberechtigtes Mitglied des Jugendhilfeausschusses.

6.3 Abberufung sowie Entsendung und Bestellung von Mitgliedern in den Aufsichtsrat der BUGA Dessau-Roßlau 2035 gGmbH Vorlage: BV/145/2026/I-07

Beschluss:

1. Der Stadtrat beruft Herrn Thomas Picek als Mitglied des Aufsichtsrates der BUGA Dessau-Roßlau 2035 gGmbH ab.
2. Der Stadtrat entsendet und bestellt Herrn Marco Egelkraut als Mitglied in den Aufsichtsrat der BUGA Dessau-Roßlau 2035 gGmbH.

Abstimmungsergebnis: 43:00:00

6.4 Genehmigung von überplanmäßigem Aufwand im Deckungskreis 5932 für das Jahr 2025 - Rückstellungen für Gerichts- und

Anwaltskosten
Vorlage: BV/119/2026/I-30

Beschluss:

Der Stadtrat genehmigt die überplanmäßigen Aufwendungen im DK 5932 in Höhe von 373.659,50 €.

Abstimmungsergebnis: 43:00:00

**6.5 Teilnahme der Stadt Dessau-Roßlau am Bundesprogramm
"Sanierung kommunaler Sportstätten" Projektaufruf 2026 -
Schwimmbäder mit der Maßnahme "Modernisierung des
Gesundheitsbades"
Vorlage: BV/110/2026/I-52**

Beschluss:

1. Die Stadt Dessau-Roßlau beantragt im Bundesprogramm „Sanierung kommunaler Sportstätten“ Projektaufruf 2026 – Schwimmbäder die Maßnahme „Modernisierung des Gesundheitsbades“ (Askanische Straße 50 a in 06842 Dessau-Roßlau) und beteiligt sich so am Auswahlverfahren.
2. Der erforderliche Eigenanteil der Stadt Dessau-Roßlau ist je nach Höhe der Förderquote bereitzustellen.

Abstimmungsergebnis: 43:00:00

**6.6 Änderung des Wirtschaftsplanes 2026 für den Eigenbetrieb
Anhaltisches Theater Dessau
Vorlage: BV/127/2026/I-ATD**

Beschluss:

Die Änderung des Wirtschaftsplans für das Wirtschaftsjahr 2026 für den Eigenbetrieb Anhaltisches Theater Dessau wird beschlossen.

Abstimmungsergebnis: 43:00:00

**6.7 Jahresabschluss 2025 des Eigenbetriebs Städtisches Klinikum
Dessau
Vorlage: BV/122/2026/I-SKD**

Beschluss:

Der mit einem uneingeschränkten Bestätigungsvermerk versehene Jahresabschluss 2025 einschließlich Lagebericht des Städtischen Klinikums Dessau mit einer Bilanzsumme in Höhe von 149.044.507,54 EUR und einem Jahresfehlbetrag in Höhe von 21.283.230,14 EUR wird festgestellt.

Abstimmungsergebnis: 43:00:00

**6.8 Jahresabschluss 2025 des Eigenbetriebs Städtisches Klinikum
Dessau – Behandlung Jahresfehlbetrag
Vorlage: BV/123/2026/I-SKD**

Beschluss:

Es wird beschlossen, den Fehlbetrag in Höhe von 21.283.230,14 EUR entsprechend § 13 Eigenbetriebsgesetz LSA aus dem Haushalt der Stadt Dessau-Roßlau auszugleichen.

Abstimmungsergebnis: 43:00:00

**6.9 Maßnahmebeschluss – Instandsetzung/Erneuerung der RWA-
Anlagen im Anhaltischen Berufsschulzentrum „Hugo Junkers“,
Junkersstraße 30, 06847 Dessau-Roßlau
Vorlage: BV/099/2026/III-65**

Beschluss:

Der Instandsetzung/Erneuerung der RWA-Anlagen im Anhaltischen Berufsschulzentrum „Hugo Junkers“ wird zugestimmt. Die für die Maßnahme voraussichtlich erforderlichen Mittel von 1.750.000,00 € werden zur Verfügung gestellt.

Abstimmungsergebnis: 43:00:00

**6.10 Maßnahmebeschluss – Klimatisierung von Büroräumen im Rathaus
Dessau Neubau, Zerbster Straße 4, 06844 Dessau-Roßlau
Vorlage: BV/104/2026/III-65**

Herr Brozowski, Fraktion Freies-Bürger-Forum, berichtet, dass er im Ausschuss für Stadtentwicklung, Bauen, Stadtgrün und Mobilität, gebeten hatte, als Alternative zu den vorgesehenen Multisplit-Klimaanlagen die Installation eines Kaltwassersatzes zu prüfen. Dies ist ihm zugesichert worden. Leider sind diese erst heute und damit

sehr kurzfristig gekommen, was wohl der Kürze der Zeit geschuldet ist. Die entscheidende Information ist für ihn, dass ein Kaltwassersatz technisch durchaus möglich ist, wenn auch mit größerem Aufwand und dass eine neue Planung erforderlich wäre.

Er hat noch einige Fragen: In den heutigen Unterlagen sind Kosten für die derzeit vorgeschlagenen Anlagen einerseits und für den Kaltwassersatz andererseits gegenübergestellt worden. Er hat nicht verstanden, dass bei der bisher vorgesehenen Variante die dargestellten Kosten (es sind keine Gesamtsummen angegeben) seiner Ansicht nach niedriger angesetzt sind als die in der Vorlage genannten. Es kann auch sein, dass er dies nicht vollständig verstanden hat; hierzu bitte er um Erläuterung.

Eine weitere Frage: Falls die bisher vorgesehene Variante heute beschlossen wird, hätte das noch absehbare Auswirkungen im laufenden Sommer und den wahrscheinlich noch zu erwartenden Hitzeperioden? Wäre dies kurzfristig umsetzbar, sodass es in diesem Sommer noch relevant wäre oder hätte man auch Zeit, eine Variantenprüfung mit Planung durchzuführen, um dies später zu beschließen? Für beide Punkte wünscht er Erläuterungen.

Frau Lohde, Bürgermeisterin und Beigeordnete für Bauen und Stadtgrün, erläutert, dass im Ausschuss nachgefragt worden sei, ob Propangas als Kältemittel eingesetzt werden kann. Man hat zugesagt, den Prüfauftrag abzuarbeiten. Es ist eine mögliche Variante, allerdings muss die Planung vollständig neu gemacht werden. Es gibt auch höhere Anforderungen – beispielsweise könne eine aufgeständerte Dachkonstruktion aufgrund der Explosivität von Propangas nicht möglich sein. Nichtsdestotrotz spricht nichts dagegen; Propangas werde auch in Wärmepumpen eingesetzt.

Hauptpunkt ist jedoch, dass die Kosten deutlich höher sind, sowohl bei der Installation als auch bei den Folgekosten. Die Prüfung hat sehr kurzfristig erfolgen müssen, aber die Aussage sind eindeutig: Die jährlichen Folgekosten würden von aktuell 7.400 Euro auf 13.000 Euro steigen – ein deutlicher Aufwuchs, der nicht mehr marginal ist. Weitere Details kann man nicht vertiefen, da der Planer bis Montag im Urlaub gewesen ist und die zugearbeiteten Informationen mit Vorsicht zu genießen sind. Sie kann nicht empfehlen, noch mehr Kosten auszugeben, da die Klimatisierung bereits relativ teuer ist. Sie ist jedoch notwendig für die Dachgeschoss-Büroräume mit 1.500 Quadratmetern Fläche, wo Wärme nicht nur über die Dachfläche, sondern auch über große Fensteranlagen eindringt. Man müsste eine vollkommen neue Planung machen, was verlorene Planungskosten bedeutet. Es gibt höhere Baukosten und Unsicherheiten, da das Gerät eventuell unten stehen müsste und nicht mehr auf dem Dach. Aktuell hat man sehr kurze Leitungen, weil die Geräte dort stehen, wo die Kälte benötigt wird. Die Folgekosten sind deutlich höher – alles unter Vorbehalt. Sie schlägt vor, künftig solche Alternativen besser zu prüfen.

Nach einer weiteren kurzen Aussprache wird die Beschlussvorlage in der vorliegenden Form zur Abstimmung gestellt.

Beschluss:

Der Klimatisierung von Büroräumen im Rathaus Dessau Neubau wird zugestimmt. Die für die Maßnahme voraussichtlich erforderlichen Mittel von 350.000,00 €, sowie die außerplanmäßige Verpflichtungsermächtigung für das Haushaltsjahr 2026 in Höhe von 315.600,00 € werden beschlossen.

Abstimmungsergebnis: 33:03:07

6.11 Beschluss zur Sanierung der Anhalt Arena **Vorlage: BV/244/2025/III-65**

Herr Oberbürgermeister Dr. Reck fügt als Einreicher der Vorlage folgenden Beschlusspunkt hinzu:

2. Es wird eine Machbarkeitsstudie zum Neubau einer neuen Multifunktionsarena für etwa 4000 Zuschauer in Auftrag geben. Der Machbarkeitsstudie werden die Prämissen aus der Begründung (2.3 Ersatzneubau) zugrunde gelegt. Die notwendigen Bedarfe sind u. a. mit dem DRHV 06 e. V., dem Anhalt Sport e. V. und dem Stadtsportbund abzustimmen.

Frau Richter, Fraktion Freies-Bürger-Forum, bezieht sich auf die multifunktionale Nutzung als Sport- und Veranstaltungsstätte und die geplante Finanzierung durch Einsparungen bei der Sanierung der Anhalt-Arena sowie durch den Verzicht auf die Sanierung von mindestens zwei Schulsporthallen. Sie fragt, wo die Anhalt-Arena stehen kann, sodass sie gleichzeitig zwei Schulsporthallen – die üblicherweise bei den Schulen liegen – ersetzen kann. Dies schränkt die Standortwahl sehr stark ein und sie bittet um eine Antwort dazu.

Zweitens merkt sie an, dass ihr nicht bekannt ist, wie die Anhalt-Arena derzeit ausgelastet ist, jedoch sind die Schulsporthallen bereits für sich allein gut ausgelastet. Wenn die Anhalt-Arena nicht nur ihre eigentlichen Funktionen erfüllen, sondern auch noch zwei Schulsporthallen ersetzen soll, stellt sie sich dies praktisch sehr schwierig vor.

Herr Oberbürgermeister Dr. Reck erläutert, dass der Kernbereich Innenstadt eine zentrale Lage umfasst, die die innenstädtischen Quartiere einschließt. Es sind bereits Parameter benannt worden: Eine Lage, wo Verkehrsströme zusammenführen, eine Straßenbahnanbindung besteht, eine gute Autoanbindung vorhanden ist und die Sportstätte von Fußgängern und Radfahrern bestmöglich erreicht werden kann. In

einer Machbarkeitsstudie sollen Potenzialflächen mit diesen Prämissen herausgesucht werden – dies ist Teil der Studie.

Zur Multifunktionalität betont er, dass die Sportstätte finanzierbar sein muss. Daher ist es richtig, bereits zu Beginn zu prüfen, ob Bedarfe im Bereich Schulsportstätten bestehen und ob sich diese Dinge miteinander verbinden lassen. Ob diese Überlegungen aufgehen, werde die Prüfung zeigen, aber bestimmte Nutzungen finden vorwiegend nachmittags statt, während Schulnutzungen hauptsächlich vormittags erfolgen. Er kann sich durchaus vorstellen, dass sich dort Synergien finden lassen, weshalb diese Prämisse sinnvoll ist. In anderen Städten – beispielsweise Eisenach – wird Sport- und Schulnutzung bereits kombiniert praktiziert. Deshalb ist Punkt 1 im Rahmen des Sportentwicklungskonzepts vorgesehen, bei dem ohnehin die Sportstätten betrachtet und mitgedacht werden.

Am Ende werden wahrscheinlich mehrere Potenzialflächen vorgeschlagen, die dann in den Fachausschüssen zu besprechen sind. Er würde es jedoch nicht so weit fassen, dass das gesamte Stadtgebiet einbezogen wird.

Nach einem kurzen Meinungsaustausch wird die Beschlussvorlage in der geänderten Fassung zur Abstimmung gestellt.

Beschluss:

1. Es wird die Sanierungsvariante B beschlossen, welche eine Sanierung des Bestandes mit Gesamtkosten von ca. 1,66 Mio. Euro gemäß Anlage 5 darstellt.
2. Es wird eine Machbarkeitsstudie zum Neubau einer neuen Multifunktionsarena für etwa 4000 Zuschauer in Auftrag geben. Der Machbarkeitsstudie werden die Prämissen aus der Begründung (2.3 Ersatzneubau) zugrunde gelegt. Die notwendigen Bedarfe sind u. a. mit dem DRHV 06 e. V., dem Anhalt Sport e. V. und dem Stadtsportbund abzustimmen.

Abstimmungsergebnis: 40:00:03

6.12 Ausbau Triftweg und Straße Industriehafen in Roßlau - Maßnahmebeschluss Vorlage: BV/096/2026/III-66

Beschluss:

1. Das Bauvorhaben Ausbau Triftweg und Straße Industriehafen in Roßlau wird mit einem Gesamtumfang von 4.477.000 € realisiert.
2. Zur Sicherung der Finanzierung und der fristgerechten Inanspruchnahme der Fördermittel wird eine überplanmäßige Verpflichtungsermächtigung (ÜP VE) in Höhe von 1.813.000 € genehmigt.

Abstimmungsergebnis: 42:00:01

**6.13 Neufassung der Satzung für den Beirat zur Erhaltung und Förderung
des Kleingartenwesens in der Stadt Dessau-Roßlau
(Kleingartenbeirat)
Vorlage: BV/097/2026/III-66**

Herr Schönemann, fraktionsloses Mitglied des Stadtrates, möchte erfahren, wann der Kleingartenbeirat einsatzbereit ist.

Frau Lohde, Bürgermeisterin und Beigeordnete für Bauen und Stadtgrün, berichtet, dass nach der heutigen Beschlussfassung eine neue Beschlussvorlage, bzgl. der Zusammensetzung des Beirates, auf den Weg gebracht wird.

Danach wird die Beschlussvorlage in der vorliegenden Form zur Abstimmung gestellt.

Beschluss:

Im Stadtrat wird auf der Grundlage von § 15 Abs. 1 der Hauptsatzung der Stadt Dessau-Roßlau die Neufassung der Satzung für den Kleingartenbeirat zur Erhaltung und Förderung des Kleingartenwesens in der Stadt Dessau-Roßlau (Kleingartenbeirat) beschlossen.

Abstimmungsergebnis: 41:00:02

**6.14 Erneuerung Gehweg Elballee Westseite in Dessau –
Maßnahmebeschluss und Genehmigung einer außerplanmäßigen
Verpflichtungsermächtigung
Vorlage: BV/102/2026/III-66**

Beschluss:

1. Das Bauvorhaben Erneuerung Gehweg Elballee Westseite in Dessau wird mit einem Gesamtumfang von 2.410.000 € realisiert.
2. Zur Minimierung der Gesamtkosten wird der Abschnitt A (Gehweg zwischen Ebertallee und Große Kienheide) entsiegelt, aufgrund sehr geringer Nutzung kann hier auf einen Ausbau des Gehweges verzichtet werden.
3. Um die Baumaßnahme jahresübergreifend ausschreiben und realisieren zu können, wird eine außerplanmäßige Verpflichtungsermächtigung (AP-VE) mit einem Umfang von 2.337.000 € bestätigt.

Abstimmungsergebnis: 43:00:00

- 6.15 2. Änderung der Satzung über die Abwasserbeseitigung und den Anschluss an die öffentlichen Abwasserbeseitigungsanlagen der Stadt Dessau-Roßlau (Abwassersatzung) sowie Änderung der Allgemeinen Bestimmungen für die Entwässerung und die Entgelte der Dessauer Wasser- und Abwasser GmbH (ABE) vom 01.08.2026**
Vorlage: BV/103/2026/III-66

Beschluss:

Die 2. Änderung der Satzung über die Abwasserbeseitigung und den Anschluss an die öffentlichen Abwasserbeseitigungseinrichtungen der Stadt Dessau-Roßlau (Abwassersatzung) sowie die Änderung der Allgemeinen Bestimmungen für die Entwässerung und die Entgelte der Dessauer Wasser- und Abwasser GmbH (ABE) werden beschlossen.

Abstimmungsergebnis: 41:00:02

Nach dem Tagesordnungspunkt wird eine 15- minütige Pause durchgeführt.

- 6.16 BUGA-Maßnahme: Umgestaltung der Kreuzung Katholische Kirche und Teichstraße (Teilobjekt 3 und 5) Genehmigung einer überplanmäßigen Verpflichtungsermächtigung**
Vorlage: BV/144/2026/III-66

Herr Picek, Fraktion Pro Dessau-Roßlau, möchte eine Frage beantwortet wissen, die er bereits vor 4 Jahren zum Maßnahmenbeschluss gestellt. Die Frage bezieht sich konkret auf die Verkehrssicherung während der Bauphase und nach Fertigstellung – nämlich die sichere Überquerung des Schülerverkehrs von der Ferdinand-von-Schill-Straße in die Teichstraße zum Liborius-Gymnasium und in die andere Richtung. Er meint damit nicht die gewöhnliche Verkehrssicherung aufgrund des Kreisverkehrs, sondern die Berücksichtigung der Tatsache, dass Schüler den Kreisverkehr womöglich in die falsche Richtung nutzen könnten. Angesichts der Verkehrsströme durch Schüler müsste aus seiner Sicht eine angemessene zusätzliche Verkehrssicherung stattfinden. Dies hatte er damals schon angesprochen. Wie man bei anderen Kreisverkehren im Dessauer Stadtgebiet – beispielsweise am Kreisverkehr an den Sieben Säulen bzw. am Albrechtsplatz – sieht, denkt er, dass auch hier eine zusätzliche Verkehrssicherung notwendig wäre.

Frau Lohde, Bürgermeisterin und Beigeordnete für Bauen und Stadtgrün, erläutert, dass es heute um die Erhöhung der Verpflichtungsermächtigung (VE) im Rahmen einer überplanmäßigen Ausgabe geht. Aufgrund von Kostenerhöhungen

wird ein Maßnahmenbeschluss –eine Novellierung mit den Kostenerhöhungen – erforderlich sein. Sie schlägt vor, die fachliche Frage im Rahmen dieser Novellierung zu klären und dann auch baufachlich zu prüfen, ob dies so beschlossen werden soll. Derzeit liegt ein Maßnahmenbeschluss vor, der mehrheitlich so beschlossen wurde, wie es aktuell vorgesehen ist. Die Frage ist, ob man dies lediglich im Rahmen der aktuellen Vorlage – die nur die Finanzierung der überplanmäßigen VE betrifft – aufklären kann. Sie bittet darum, das Thema auf die Ausschüsse zu vertagen.

Herr Stadtrat Picek sieht eine gewisse Dringlichkeit bezüglich der Konkretisierung, da in der Beschlussvorlage der planmäßige Baubeginn für September angegeben ist. Er weiß nicht, wie man es schaffen soll, diesen Informationsstand dann im September vor Baubeginn zu erreichen.

Frau Beigeordnete Lohde erklärt, dass vor einem Novellierungsbeschluss die Maßnahme nicht so ausgeführt werden kann. Es wird ein neuer Novellierungsbeschluss benötigt, der dann fachlich noch einmal durch die Ausschüsse beschlossen werden muss. Die Stadträte haben also Gelegenheit, das fachliche Thema noch einmal zu bewerten. Derzeit befindet man sich mitten in der Ausschreibung. Man hat die Maßnahme auf den Weg gebracht, jedoch nicht mit diesen Kostenerhöhungen gerechnet. Der aktuelle Beschluss ist rein haushalterischer Vorsorge, also eine vorsorgende Maßnahme, um diese Verpflichtungsermächtigung vorab zu beschließen.

Herr Säbel, Leiter des Tiefbauamtes, ergänzt, dass aus der Vorlage ersichtlich ist, liegt bereits das Submissionsergebnis vor – also das Ergebnis der Ausschreibung für die Maßnahme. Man benötigt diese Beschlussvorlage nun, um den Auftrag auszulösen. Die Novellierung ist aufgrund der Summe erforderlich und man wird dies noch erklären. Ergänzend betont er, dass man nicht einen Kreisverkehr mit einem anderen vergleichen kann. Man kann einen Kreisverkehr an einer Bundesstraße oder mit hoher Verkehrsbelastung nicht mit einem untergeordneten Kreisverkehr an der katholischen Kirche vergleichen. Er bitte darum, zuzustimmen, dass so gebaut wird. Man kann es bei Bedarf noch weiter erklären. Über diesen Kreisverkehr ist damals bereits sehr lange im Ausschuss für Stadtentwicklung, Bauen, Stadtgrün und Mobilität und im Stadtrat diskutiert worden.

Nach einem weiteren Meinungsaustausch wird die Beschlussvorlage in der vorliegenden Form zur Abstimmung gestellt.

Beschluss:

Zur Sicherstellung der zeitnahen Beauftragung der Bauleistungen im III. Quartal 2026, in Umsetzung der BUGA-Maßnahme Kreuzung Katholische Kirche und Teichstraße, wird eine überplanmäßige Verpflichtungsermächtigung (ÜP VE) in der Gesamthöhe von 1.070.000 € genehmigt.

Abstimmungsergebnis: 39:03:01

Bundesprogramm: Anpassung urbaner und ländlicher Räume an den Klimawandel

Vorlage: BV/128/2026/III-67

Nach einem Meinungsaustausch wird die Beschlussvorlage in der vorliegenden Form zur Abstimmung gestellt.

Beschluss:

Die Stadt Dessau-Roßlau folgt im Rahmen einer Interessenbekundung dem 5. Projektauftrag (2026) im Bundesprogramm „Anpassung urbaner und ländlicher Räume an den Klimawandel“ und trifft den dafür notwendigen Gremienbeschluss für Klimaanpassungsmaßnahmen im Schillerpark in Höhe von 3,00 Mio. EUR und einem Eigenmittelanteil von 300.000 EUR (Förderquote 90%).

Abstimmungsergebnis: 42:01:00

6.18 Genehmigung von außerplanmäßigen Aufwendungen und Auszahlungen für die „Demografiepauschale“ nach § 12 d KiFöG und die „Bildungspauschale“ nach § 12 e KiFöG für das Haushaltsjahr 2026

Vorlage: BV/113/2026/IV-51

Beschluss:

1. Die außerplanmäßigen Aufwendungen und Auszahlungen zur Weiterleitung der Mittel „Demografiepauschale“ nach § 12 d KiFöG i. H. v. 890.200,00 EUR werden beschlossen.
2. Die außerplanmäßigen Aufwendungen und Auszahlungen zur Weiterleitung der „Bildungspauschale“ nach § 12 e KiFöG i. H. v. 425.000,00 € werden beschlossen.

Abstimmungsergebnis: 43:00:00

6.19 Neufassung der Marktsatzung

Vorlage: BV/017/2026/V-32

Beschluss:

Der Stadtrat beschließt die Neufassung der Satzung über die Wochenmärkte in der Stadt Dessau-Roßlau gemäß Anlage 3.

Abstimmungsergebnis: 43:00:00

**6.20 Abschluss einer Zweckvereinbarung zur Übertragung der Aufgabe
der Tierkörperbeseitigung auf einen Dritten
Vorlage: BV/086/2026/V-53**

Beschluss:

1. Der Stadtrat beschließt die Übertragung der Beseitigung der tierischen Nebenprodukte auf einen Dritten/geeigneten Anlagenbetreiber und den Abschluss der als Anlage beigefügten Zweckvereinbarung zur Ermittlung eines geeigneten Dritten/geeigneten Anlagenbetreibers.
2. Der Oberbürgermeister wird ermächtigt, diese anliegende Zweckvereinbarung abzuschließen.

Abstimmungsergebnis: 43:00:00

**6.21 Umsetzung der Rundbogenhalle auf das Gelände des
Technikmuseums „Hugo Junkers“
Vorlage: FV/007/2026/SPD**

Nach einem kurzen Meinungsaustausch gibt **Herr Picek, Fraktion Pro Dessau-Roßlau**, folgende redaktionelle Änderung bekannt:
Die Fraktion Pro Dessau-Roßlau soll als Einreicher in der Fraktionsvorlage aufgeführt werden.

Beschluss:

1. Der Stadtrat bekennt sich zum Ziel, die Rundbogenhalle vom ehemaligen Junkalor-Gelände auf das Gelände des Technikmuseums „Hugo Junkers“ in einem stufenweisen Verfahren möglichst umzusetzen, sofern die denkmalrechtliche und technische Genehmigungsfähigkeit gegeben ist und die Maßnahme finanziell tragfähig dargestellt werden kann.
2. Die Stadtverwaltung wird beauftragt, unter dem Vorbehalt einer Landesförderung, in einer ersten Stufe die Voraussetzungen für die Genehmigungsfähigkeit der Translozierung zu prüfen und herzustellen sowie die voraussichtlichen Kosten, Folgekosten und Finanzierungsmöglichkeiten zu ermitteln.
Erst nach Vorlage dieser Grundlagen und einer gesonderten Beschlussfassung über die Finanzierung kann über die Einleitung der zweiten Stufe, der baulichen Umsetzung, entschieden werden.
3. Die Stadtverwaltung wird im weiteren damit beauftragt, mit dem Land über die Finanzierung der erforderlichen Planungsschritte und der eigentlichen Umsetzung zu verhandeln.

4. Über die Finanzierung der Umsetzung wird gesondert abgestimmt.

Abstimmungsergebnis: 40:00:03

**6.22 Bereitstellung von Finanzmitteln für den Förderverein
Technikmuseum „Hugo Junkers“ Dessau e. V. zur Umsetzung der
Rundbogenhalle
Vorlage: FV/001/2026/ABV**

Die Fraktionsvorlage wurde vom Einreicher von der Tagesordnung genommen.

**6.23 Junkers Denkmal „Ikarus“ – Versetzung auf das Rondell am
Stadteingang Ost
Vorlage: FV/003/2026/CDU**

Nach einem ausführlichen Meinungsaustausch wird die Fraktionsvorlage in der vorliegenden Form zur Abstimmung gestellt.

Beschluss:

Der Stadtrat bittet die Stadtverwaltung zielorientiert zu prüfen ob eine Versetzung des Junkers Denkmals „Ikarus“ vom jetzigen Standort an einen angemesseneren Standort, vornehmlich gerne auf das Rondell des östlich der Friedensbrücke vorgelagerten Kreisverkehrs, möglich ist. Alternativ ist eine Positionierung im Umfeld des Rondells zu prüfen und zu definieren. Die Verwaltung wird mit der Prüfung der Finanzierung im städtischen Haushalt, sowie der zeitnahen Umsetzung beauftragt.

Abstimmungsergebnis: 23:18:02

**6.24 Änderung der Tagesordnung - Informationen zur BUGA
Vorlage: FV/006/2026/**

Herr Nolte, fraktionsloses Mitglied des Stadtrates, führt kurz in die Fraktionsvorlage ein.

Nach einem ausführlichen Meinungsaustausch stellt Frau Richter, Fraktion Freies-Bürger-Forum, einen Antrag gemäß der Geschäftsordnung des Stadtrates und seiner Ausschüsse auf Ende der Debatte. Der Antrag wird mehrheitlich angenommen (40:00:03).

Danach wird die Fraktionsvorlage in der vorliegenden Form zur Abstimmung gestellt.

Beschluss:

Der Oberbürgermeister berichtet ab der folgenden Sitzung regelmäßig zum Umsetzungsstand der BUGA-Maßnahmen. In die Tagesordnung des Stadtrates wird dafür regelmäßig ein neuer Unterpunkt bei den Berichten des Oberbürgermeisters eingefügt: „Informationen zur BUGA“.

Abstimmungsergebnis: 33:09:01

7 Öffentliche Anfragen und Informationen

7.1 Unternehmensangelegenheiten – Wirtschaftsplan 2026 BUGA Dessau-Roßlau 2035 gGmbH Vorlage: BV/160/2026/II-20BTM

Die Beschlussvorlage wird zur Kenntnis genommen.

7.2 Sonstige Anfragen und Mitteilungen

Frau Lohde, Bürgermeisterin und Beigeordnete für Bauen und Stadtgrün, berichtet, dass am Sonntag das Stadtradeln geendet ist und wieder Bestleistungen erzielt wurden. Dieses Jahr waren fast 2.300 aktive Radelnde in 160 Teams unterwegs und haben über 400.000 Kilometer geschafft. Nachmeldungen sind noch möglich und würden die gemeinsame Bilanz verbessern. Auch einige Stadträte haben teilgenommen – dafür bedankt sie sich. Der Teamgewinner steht bereits fest: das Liborius-Gymnasium, dem sie offiziell gratuliert. Die Preisverleihung findet am 10. September um 16:00 Uhr statt, der Ort wird noch bekannt gegeben. Für nächstes Jahr ist das Stadtradeln wieder im Juni geplant, vom 7. bis 27. Juni. Sie findet, dass sich diese vorgezogene Zeit bewährt hat. Angesichts der vielen sehr heißen Tage betrachte sie das Ergebnis als wirklich gelungenes gemeinsames Ziel. Sie dankt allen Teilnehmenden.

Herr Dreibrodt, Fraktion Freies-Bürger-Forum, nimmt Bezug auf eine frühere Situation, in der er Herrn Stadtratsvorsitzenden Rumpf aufgefordert hatte, mit zu wählen. Der Vorsitzende hat gesagt, dass er gewählt hat und wahrscheinlich gemeint, dass er bei der Besetzung des Jugendhilfeausschusses an den Wahlgängen teilgenommen hat. Herr Stadtrat Dreibrodt räumt ein, sich falsch ausgedrückt zu haben: Er hat gemeint, dass Herr Rumpf auch immer bei Abstimmungen mitstimmen muss – Wahlen sind eine separate Angelegenheit. Er zitiert aus der Geschäftsordnung des Stadtrates und seiner Ausschüsse, die nach einigen Jahren eigentlich gut bekannt sein muss. In Paragraph 12 zum Thema Abstimmung heißt es in Absatz 5, dass offen durch Handzeichen oder Erheben der Stimmkarte abgestimmt wird. Stimmkarten sind nicht vorhanden, aber Hände. Der Stadtratsvorsitzende ist Mitglied des Stadtrates und sein Abstimmungsverhalten

muss öffentlich ersichtlich sein – was derzeit nicht der Fall ist. Dies hat er angemahnt und dabei bleibt er.

Herr Rumpf, Vorsitzender des Stadtrates, erklärt, dass die Mehrheit festgestellt wird, wie es auch in der Geschäftsordnung steht. Bei Abstimmungen zählt der Vorsitzende die Ja-Stimmen durch und wenn das Ergebnis deutlich ist, werden die Nein- und Enthaltungsstimmen gezählt. Wenn er Nein oder Enthaltung sagt, hebt er seine Hand. Für populistische Zwecke muss er sich nicht erklären. Wenn jemand während der Abstimmung den Saal verlässt ohne sich abzumelden– beispielsweise für einen Toilettengang – und sich bei Nein und Enthaltung nicht meldet und eine deutliche Mehrheit besteht, dann habe diese Person auch für Ja gestimmt. So wird es auch im Landtag und im Bundestag praktiziert und daran hält er er sich.

Herr Adamek, Fraktion CDU, betont, dass heute viel Gutes für die Stadt und zum Wohle der Senioren getan wurde. Dies ist eine großartige Entscheidung. Abschließend richtet er sich an das Dezernat für Finanzen, Digitalisierung und moderne Verwaltung und bittet um Prüfung von Mandatos G6 als Zweitapp, welches ein Abstimmungstool anbietet.

Herr Ulbrich, Beigeordneter für Finanzen, Digitalisierung und moderne Verwaltung, betont, dass man sich darüber einig sein muss, dass das Tool dann auch von allen im Stadtrat angewendet werden muss.

Herr Stadtrat Adamek erinnert daran, dass bereits vor vielen Jahren ein Testlauf stattgefunden hat, auf den man sich damals geeinigt hatte. Allerdings ist das Produkt eher bescheiden gewesen und hat nicht richtig funktioniert. Theoretisch kann man jedoch direkt in der Mandatos-App oder über Session.net oder eine ähnliche Lösung abstimmen. Dann wäre es transparent für alle und auch deutlich.

Herr Beigeordneter Ulbrich nimmt den Sachverhalt mit.

Frau Perl, Fraktion SPD, äußert zunächst, dass sie immer wieder fasziniert ist, welch entspannten Umgang man mit Geld in nicht sozialen Bereichen besitzt. Sie hat von Herrn Stadtrat Adamek den hohen Stellenwert der Senioren in der Stadt vernommen. Vor diesem Hintergrund richtet sie eine Frage an die Verwaltung, die gerne auch schriftlich beantwortet werden kann.

Das Land Sachsen-Anhalt hat aus dem Sondervermögen ein Förderprogramm in Höhe von 3 Millionen Euro für den Einbau von Aufzügen in Wohnungen aufgelegt. Angesichts der demografischen Entwicklung besteht durchaus Bedarf und vor allem ist es wichtig, dies für die breite Masse finanzierbar zu gestalten – die Wohnungen werden mietpreislich festgeschrieben. Sie fragt, ob die kommunale Wohnungsgesellschaft gedenkt, Fördermittel in Anspruch zu nehmen und wenn ja, für wie viele Wohnungen. Falls nicht, möchte sie wissen, ob das Förderprogramm auch für andere Wohnungsunternehmen gilt und ob bereits ein Wohnungsunternehmen in der Stadt einen Förderantrag gestellt hat.

Herr Schubert, kaufmännischer Prokurist der DWG, bestätigt, dass geprüft wird, ob ein Antrag gestellt werden kann und dass bereits Objekte ausgewählt wurden, in denen dies eventuell möglich ist. Genossenschaften können den Antrag nicht stellen, da das Förderprogramm ausschließlich für kommunale Wohnungsunternehmen vorgesehen ist. Die Fördersumme für ganz Sachsen-Anhalt beträgt insgesamt 3 Millionen Euro, was für etwa 100 Aufzüge ausreicht. Somit kann nur ein sehr kleiner Anteil auf Dessau-Roßlau entfallen.

Der Wortbeitrag von **Herrn Ratzmann, Fraktion AfD**, sind wörtlichen protokolliert:

„Ich möchte die Gelegenheit nutzen, 2 Dinge heute hier öffentlich zu machen. Das eine ist, ein großes Lob. Zwar haben wir hier so viele Kritikpunkte und kritisieren - das ist sicher nicht richtig -, aber wenn was gut läuft, bin ich der Meinung sollte man auch mal hervorheben. Und zwar spreche ich ein großes Lob aus an das Ordnungsamt und die Zusammenarbeit mit der Stadtpflege. Ich möchte das Beispiel kurz erläutern. Wir haben am Montag Fraktionssitzung gehabt und bei uns vorm Gebäude stand ein alter Baum großen Umfangs, abgestorben. Das Ordnungsamt hat davor die Parkordnung kontrolliert. Wir haben Sie angesprochen, haben gesagt - Bitte nehmen Sie das mal auf, das war also Montag 17:00 Uhr – und heute früh wie ich ins Büro gefahren bin, konnte ich feststellen, dass der Baum bereits beseitigt ist. Alles ordnungsgemäß abgeräumt. Also da muss man sagen, das ist ein Zusammenspiel, was wirklich auch lobenswert ist. So stellt man sich das vor, das ist mustergültig. Also da großes Lob, wenn jetzt noch die Neubepflanzung davor ebenso gut klappt, vielen Dank.

Der zweite Punkt, den ich habe, ist dafür ein Kritikpunkt oder auch eine Nachfrage. Zwar bloß ein paar Meter weiter. Es geht um das Rathaus und zwar haben wir da von Bürgern den Hinweis gekriegt, dass dort die Blumenkästen rund um das Rathaus durch eine Firma gepflegt werden, die dort um das Rathaus drumherum gehen mit einer Teleskopstange und die Blumenkästen da versorgen. Gleichzeitig geht von innen die Fenstertür auf und die Mitarbeiter teilweise kommen ins Gespräch mit der Firma und so weiter und da kam natürlich viel Unmut auf. Auch von denen, die sich an uns gewandt haben und haben gesagt, also wir sind in einer Haushaltssperre, wir haben wenig Geld für bestimmte Dinge, können das die Mitarbeiter nicht selber machen, warum beschäftigen wir Leute, die dort, sage ich mal, diese Pflege der Blumenkästen da übernehmen und das wird wohl täglich gemacht. Egal ob es auf Deutsch gesagt regnet oder nicht regnet. Da wird eben mit dem Schirm gegossen, aber das ist jetzt vielleicht eine Frage, wo man sagt, wir suchen nach Dingen, wo wir im Haushalt sparen können, hier hätte ich gerne gewusst. Können Sie mir gerne schriftlich beantworten, was kostet das den Steuerzahler, diese Pflege der Blumenkästen und kann man hier nicht wirklich eine andere Lösung finden? Ich denke, da hätten wir Einsparpotenzial. Vielen Dank.“

Frau Bürgermeisterin Lohde möchte wissen, ob die Blumenkästen direkt an den Fenstern gemeint sind. Herr Stadtrat Ratzmann bestätigt dies.

Herr Schönemann, fraktionsloses Mitglied des Stadtrates, überbringt im Auftrag der AG regionale Sportgeschichte eine erfreuliche Mitteilung. Nach zweieinhalb Jahren gemeinschaftlicher Arbeit mit der Stadtverwaltung und dem Oberbürgermeister ist es gelungen, eine Ehrung des verdienten Sportlers Renārs Ušcins zu organisieren – nämlich dessen Eintragung in das Ehrenbuch der Stadt. Dies ist bemerkenswert, da der Handballspieler unter anderem Silbermedaillengewinner von Paris, Europameister bei den Junioren und Welthandballer des Jahres im Nachwuchsbereich 2024 ist. Als ehemaliges Mitglied der SG Kühnau ist dies für ihn eine besondere Geschichte. Es ist nicht einfach gewesen, die Ehrung zu koordinieren. Er dankt der Stadtverwaltung dafür, dass dies nun endlich möglich wird und im würdigen Rahmen umgesetzt werden kann.

Ursprünglich habe man die Anhalt-Arena im Vorfeld eines Spiels vor 1.600 bis 1.700 Besuchern gewählt, was jedoch aufgrund der Terminabfolge und der beruflichen Einbindung als Spieler nicht gelungen ist. Stattdessen findet die Veranstaltung am 10. Juli 2026 um 15:00 Uhr in einer alternativen, würdigen Umgebung – dem Technikmuseum Hugo Junkers statt. Herr Stadtrat Schönemann bedankt sich auch für die Unterstützung aus dem Arbeitskreis, der inzwischen 13 bis 14 Mitstreiter aus ehemaligen Spielern, Funktionären und Fans umfasst. Man kann in dieser Weise weiterarbeiten. Er erinnert daran, dass bereits die Geschichte der Olympioniken im Rathauscenter präsentiert wurde – eine äußerst attraktive Veranstaltung. Aktuell ist man dabei, die Ehrengalerie "100 Jahre Handball" mit Gesichtern zu versehen, was demnächst in der Anhalt-Arena geschehen wird. Er bittet, dass sich eventuell Interessierte aus dem Kreis zur finanziellen Unterstützung bereit erklären.

Herr Brozowski, Fraktion Freies-Bürger-Forum, berichtet, dass im vergangenen Jahr ein Kommandofahrzeug der Marke Mercedes für die Feuerwehr beschlossen und angeschafft wurde. Die Anschaffung des sehr hochpreisigen Fahrzeugs ist unter anderem damit begründet worden, dass man damit Anhänger bis zu 3,5 Tonnen ziehen kann.

Die erste Frage lautet, wie oft das Fahrzeug bisher in diesem Sinne genutzt wurde. Die zweite Frage bezieht sich darauf, wie dies im Verhältnis zur bisherigen Gesamtleistung steht – also wie viele Kilometer das Fahrzeug bisher im Einsatz war.

Herr Müller, Leiter des Amtes für Brand-, Katastrophenschutz und Rettungsdienst, sichert eine schriftliche Beantwortung zu.

Herr Marahrens, Fraktion Bündnis90/ Die GRÜNEN, richtet eine Anfrage an den Oberbürgermeister. Die AfD-Landtagsfraktion bzw. der Landesverband sowie Till Schneider, kulturpolitischer Sprecher der AfD im Landtag, hätten in vielen Debatten und öffentlichen Auftritten mehrfach zu erkennen gegeben, dass ihr politischer Wille besteht, Einfluss auf die Arbeit und den Auftrag der Stiftung Bauhaus zu nehmen. Mehr noch besteht die Gefahr einer grundsätzlichen Mittelkürzung für die Stiftung, was den Auftrag und die wissenschaftliche Unabhängigkeit – eine deutsche Tugend – der Stiftung grundsätzlich infrage stellt. Die damit verbundene Sorge besteht darin, dass dieses Vorgehen kurzfristig das Ansehen und den Fortbestand einer

international anerkannten Stiftung zerstören könnte. Man sieht die Gefahr, dass dies die wirtschaftliche Entwicklung der Stadt Dessau-Roßlau beeinträchtigt, da daran unter anderem Arbeitsplätze und Tourismusankünfte geknüpft sind. Weiterhin wird die Stadt unattraktiv für Menschen, die das Gastrecht in Anspruch nehmen, mit dem Ziel das Wohl der Bürgerschaft zu mehren.

Aus diesem Grund bitte man den Oberbürgermeister, nach Möglichkeit zu berichten, welche Vorsorge die Stadtverwaltung trifft, um auf dieses nicht ganz abwegige Szenario vorbereitet zu sein, es nach Kräften abzuwenden beziehungsweise mögliche negative Auswirkungen für die Stadt zu mindern.

Herr Oberbürgermeister Dr. Reck sichert eine schriftliche Beantwortung zu.

Herr H. Weber, Fraktion Freies-Bürger-Forum, reicht zunächst eine Ergänzung an den Oberbürgermeister nach. Die CDU-Fraktion hatte bei der vorletzten Stadtratssitzung die Unterschriftenliste zum offenen Brief behalten. Es sind keine weiteren Unterschriften hinzugekommen, jedoch ist ihm die Liste heute erst wieder übergeben worden. Er bittet den Oberbürgermeister, diese an den Brief anzuhängen. Darauf befinden sich 22 Unterschriften: 20 am Tag selbst geleistete plus zwei per WhatsApp-Nachricht zugestimmte. Dabei ist es auch geblieben. Immerhin ist es mehr als die Hälfte der Anwesenden gewesen, die unterschrieben hätten.

Herr Stadtrat Brozowski übergibt Herrn Oberbürgermeister Dr. Reck die Unterschriftenliste.

Die nächste Anfrage von **Herrn Stadtrat H. Weber** richtet sich ausdrücklich nochmals an den Oberbürgermeister in Bezug auf die außerordentliche Stadtratssitzung am vergangenen Mittwoch anlässlich des Todes von Alicia. Er bittet den Oberbürgermeister dringend, eine überörtliche dienstrechtliche Prüfung einzuleiten. Aus nichtöffentlicher Sitzung zitiere man zwar nicht, jedoch möchte er darauf hinweisen, dass der Oberbürgermeister die Organisationshoheit des Hauses allein innehat – auch wenn er diese ohne Einvernehmen mit dem Stadtrat an Herrn Beigeordneten Horváth weitergereicht hat. Angesichts der von Herrn Stadtrat Nothdurft und ihm in der Zeitung zitierten Aussage, dass Organisationsprobleme bestünden, die geklärt werden müssten, halte er es dringend geboten, dass eine außerhalb der Stadtverwaltung liegende Stelle das Ganze prüft.

Nach Sichtung der Unterschriftenliste stellt **Herr Oberbürgermeister Dr. Reck** klar, dass von der Liste 18 Personen selbst unterschrieben haben und der Rest irgendwie in Vertretung oder per WhatsApp zugestimmt hat. Es gibt einige, die bereits beim letzten Mal in Vertretung unterschrieben hätten, sowie zwei Zustimmungen per WhatsApp. Er würde es befürworten, wenn die betreffenden Personen auch selbst unterschreiben würden, damit das Bild nicht ganz so verzerrt ist.

Herr J. U. Weber, Fraktion Aktive-Bürgerliche Vernunft, erklärt, dass er für ein Fraktionsmitglied sprechen kann, das sich leider im Krankenstand befindet und ihn gebeten hat, in dessen Vertretung zu handeln. Die Unterschrift ist noch nicht erfolgt,

man wird dies aber regeln, falls darauf bestanden wird. Unabhängig davon sieht er nach dem öffentlichen Brief eine deutliche Verbesserung der Zusammenarbeit und möchte sich beim Oberbürgermeister dafür bedanken, dass dieser die Kritik scheinbar ein Stück weit annehmen konnte. Er hofft, dass auch die Stadträte die Kritik möglicherweise annehmen und die Zusammenarbeit dadurch künftig noch gedeihlicher wird.

Weiterhin weist **Herr Stadtrat J. U. Weber** darauf hin, dass das vergangene Wochenende gezeigt hat, wohin Klimaveränderung führen kann. Er hätte sich gewünscht, dass an dieser Stelle ein herzliches Dankeschön an die Einsatzkräfte und das Personal vom Klinikum ausgesprochen worden wäre. Er bedankt sich bei all diesen Menschen, die am Wochenende Außergewöhnliches geleistet haben. Bereits am Samstag sind mehr Menschen ins Krankenhaus eingeliefert worden als an einem gewöhnlichen Wochenende. In diesem Zusammenhang bekräftigt er seine Forderung, die er seit über einem Jahr immer wieder in die Öffentlichkeit trägt: Er fordert von der Stadt einen Hitzeaktionsplan. Dieser Plan soll es ermöglichen, Menschen in überhitzten Wohnungen klimatisierte Räume oder klimaorientierte Freiflächen anzubieten, um sie dort versorgen zu können. Alten- und Pflegeheime sind nicht im erforderlichen Umfang ausgerüstet, solche Hitzeperioden zu überstehen, was auch die Einsatzstatistik belegt: Über die Hälfte der Rettungseinsätze am Wochenende hatten Alten- und Pflegeheimen gegolten. Auch Menschen in unsanierten Wohnungen, die sich keine Klimaanlage leisten können, dürfen nicht vergessen werden. Die Stadt Köln hat es vorgemacht: Dort sind an einem Samstag 17 bewusste Personen aus Wohnungen gerettet worden. Er bittet daher, das Thema ernst zu nehmen und im Gespräch zu bleiben – es erlaube keinen Aufschub mehr. Parallel wirbt er dafür, beim Anschaffen von Klimaanlage für die oberen Stockwerke des Rathauses umgehend auch an die Berufsfeuerwehr zu denken. Er hat Informationen erhalten, dass am Wochenende in den Aufenthaltsräumen der Kameraden, die 30-Grad-Marke bei weitem überschritten wurde. Diese Menschen sitzen 24 Stunden dort und sorgen mit ihrem Einsatz für das leibliche Wohl der Bürger. Diesen Zustand kann man auf Dauer nicht hinnehmen. Er bittet den Oberbürgermeister und Herrn Beigeordneten Horváth zu prüfen, ob es möglich ist, über eine außerplanmäßige Ausgabe die Aufenthaltsräume der Berufsfeuerwehr schnellstmöglich zu ertüchtigen. Eine weitere Statistik darüber, wie oft dort Klimagrenzwerte überschritten werden, wird er nicht hinnehmen.

Herr Dr. Nothdurft, Fraktion AfD, wendet sich zunächst an die Stadträte bezüglich der Aussagen von Herrn Stadtrat Marahrens, die er als reinen Wahlkampfauftritt bezeichnet. Die absolute Mehrheit der AfD sei noch nicht einmal sicher, aber ansonsten ist das, was hier vorgebracht wurde, völlig unpassend gewesen. Zum Antrag von Herrn Stadtrat Adamek, eine elektronische Abstimmung einzuführen, lehnt er den Vorschlag entschieden ab. Gerade die sichtbare Abstimmung macht den Stadtrat lebendig, man sieht, wer wie abstimmt. Auch die Zuschauer am Rand wollen möglicherweise sehen, wer wie abstimmt. Er möchte ebenfalls sehen, wie die Fraktion Bündnis90/ Die GRÜNEN auf AfD-Vorschläge reagiert. Das elektronische Spielzeug braucht man auf keinen Fall, darüber soll

seiner Meinung nach gar nicht weitergesprochen werden. Auf die Anmerkung von Herrn Stadtrat J. U. Weber will er erst gar nicht weiter eingehen.

Herr Bernstein, fraktionsloses Mitglied des Stadtrates, nimmt Bezug auf die heutige Beschlussfassung unter Punkt 6.6 zur Änderung des Wirtschaftsplans des Anhaltischen Theaters, bei dem der Plan erweitert wurde. Grundlage war die zusätzliche Bereitstellung von Landesmitteln, aus dem Investitionsförderprogramm des Bundes. Dies funktioniert gut, wenn die Dessauer Landtagsabgeordneten – Fr. Dr. Schneider und Frau Tschernich-Weiske – gut zusammenarbeiteten und sich für die Stadt einsetzten. Dies ist auch ein Beleg dafür, dass das Land die Mittel, die letztlich die Steuerzahler zur Verfügung stellten, auch für Dessau-Roßlau einsetzt. Dieser Punkt ist positiv zu vermerken.

Gleichzeitig stellt er eine Frage: Es gibt im Land Sachsen-Anhalt auch Mittel zur Gewährung von Zuwendungen für Investitionsmaßnahmen im Bildungsbereich im hohen zweistelligen Millionenbereich. Nach seinem Kenntnisstand hat sich die Stadt Dessau-Roßlau darum nicht beworben. Er möchte wissen, ob es angedacht ist, nachträglich beim Bildungsministerium nachzufragen, ob man eventuell doch noch in dieses Programm aufgenommen werden kann. Angesichts der knappen Haushaltslage hält er es für unverantwortlich, solche Gelder entgehen zu lassen, die zwar nicht für ganze Sanierungsprogramme reichen würden, aber durchaus für viele notwendige Sanierungsmaßnahmen den einen oder anderen Punkt lösen können.

Frau Hachmann, Beigeordnete für Soziales, Bildung, Jugend und Senioren, stellt klar, dass diese Information nicht stimmt. Die Stadtverwaltung hat einen Antrag eingereicht und wartet noch auf die Antwort.

Herr Stadtrat Bernstein nimmt die Auskunft zunächst so hin, merkt jedoch an, dass sein Kenntnisstand ein anderer ist. Er schlägt vor, dies gegebenenfalls bilateral zu klären.

Es werden keine weiteren Wortmeldungen hervorgebracht.

Nach dem Tagesordnungspunkt wird eine 11-minütige Pause durchgeführt.

Während der Pause verlassen Herr L. Nothdurft, Fraktion AfD, Herr Dr. J. Nothdurft, Fraktion AfD, sowie Herr Kellner, Fraktion CDU, die Sitzung. Die Beschlussfähigkeit verringert sich auf 40 stimmberechtigte Mitglieder.

Nach der Pause wird die Nichtöffentlichkeit hergestellt.

10 Schließung der Sitzung

Herr Rumpf, Vorsitzender des Stadtrates, stellt die Öffentlichkeit wieder her und schließt die Sitzung um 21:18 Uhr.

Dessau-Roßlau, 04.08.26

Frank Rumpf
Vorsitzender Stadtrat

Schriftführer